

kerung nicht so leicht getan. Etwa 80 Prozent der Frauen unserer Stadt stehen bereits im Arbeitsprozeß. Aber die Kolleginnen meinen, daß ein Versuch doch nicht schaden könne.

Die Kolleginnen äußerten sich in diesem Zusammenhang auch zu unseren Annahmestellen, die wichtige Bindeglieder zwischen Betrieb und Bevölkerung sind. Manche Annahmestelle mache nicht immer den besten Eindruck. Da komme es bei den Menschen leicht zu abwertenden Meinungen, die sich auch auf die Werbung von Arbeitskräften aus der nichtberufstätigen Bevölkerung auswirken können. Die Betriebsleitung sollte überlegen, ob in dieser Richtung nicht Veränderungen möglich seien.

Das waren weitere gute Hinweise und Vorschläge. Nur erfordert deren Verwirklichung die Hilfe und Unterstützung der Mitarbeiter im Staatsapparat. Die Betriebsleitung wandte sich dann auch an den Rat der Stadt, Abteilung örtliche Versorgungswirtschaft, mit der Bitte um Zustimmung, daß weibliche Arbeitskräfte aus der nichtberufstätigen Bevölkerung für die Wäscherei geworben werden. Das geschah Anfang November 1971. Sie unterbreitete auch mehrere Varianten zur Einrichtung von Annahmestellen.

Langes Warten auf die Antwort

Eine Antwort auf die Bitte um Zustimmung zur Werbung von Arbeitskräften erhielt der Betrieb erst nach über zwei Monaten, Mitte Januar dieses Jahres, also 14 Tage nach dem neuen Plananlauf. Zu den Varianten hinsichtlich der Annahmestellen steht bis heute noch jede Mitteilung aus.

Die Belegschaft der Wäscherei versteht das nicht. Dieses Verhalten fördert nicht, sondern

hemmt die Initiative der Werktätigen, die doch aber gerade für die Erfüllung der Hauptaufgabe von so großer Bedeutung ist. Und was sich hemmend im Betrieb auswirkt, das muß sich zwangsläufig dann auch auf die Bevölkerung auswirken.

Das ist das eine. Das andere ist, daß unsere Parteiorganisation in der politischen Massenarbeit im Betrieb in eine schwierige Situation kommt. Die Kollegen sagen zu uns: „Wir zerbrechen uns den Kopf über die Rationalisierung. Wir kämpfen gegen unsere eigenen Schwächen, die der Produktionssteigerung im Wege stehen, aber was wird aus den Vorschlägen, die wir nicht selbst beeinflussen können?“

Im Grunde genommen gewinnt die Parteiorganisation in der politischen Massenarbeit nicht an Überzeugungskraft, wenn Monate ins Land gehen, ehe auf eingereichte Vorschläge der Belegschaft geantwortet wird. Es ist möglich, daß die Vorschläge nicht zu verwirklichen sind. Die Mitglieder der Parteiorganisation und die Kolleginnen meinen aber, daß im gemeinsamen Gespräch neue Erkenntnisse geboren werden, die es unserer Dienstleistungseinrichtung ermöglichen, doch unsere Aufgaben zum Wohle der Bevölkerung zu erfüllen.

Werner Schulz

Parteisekretär im VEB Dienstleistungskombinat Frankfurt (Oder)

(NW) Die Kreisleitung Frankfurt (Oder) hat am 2. Dezember 1971 einen Beschluß zur „stabilen Versorgung der Bevölkerung der Bezirksstadt mit industriellen Konsumgütern, Waren des täglichen Bedarfs, Reparaturen und Dienstleistungen“ gefaßt. Das ist ein guter Beschluß. Er

der Bevölkerung so gut wie möglich zu befriedigen.

Dem Wettbewerbsprogramm ging eine umfassende Diskussion in allen Abteilungen voraus; denn wir wissen, Initiative entsteht nicht von allein. Unser Programm war auch nicht eine Sache von heute auf morgen. Es entstand im Ergebnis exakter Vorgaben von der staatlichen Leitung und

präziser Vorschläge aus den Brigaden und Abteilungen.

Bereits am Beginn der Gewerkschaftswahlen führten wir konkrete Aussprachen über den Wettbewerb im Jahre 1972. An allen Gruppenversammlungen nahmen Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen und staatliche Leiter teil. Sie erläuterten Ziel und Weg der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, leiteten daraus unsere Aufgaben für das Jahr 1972 ab und wiesen auch auf schwache Stellen in unserem Betriebsgeschehen hin.

Viele Hinweise, Vorschläge und Kritiken fanden im Wettbewerbsprogramm ihren Niederschlag. Die Werktätigen unseres Möbelwerkes antworteten mit vielfältigen Initiativen. So überreichten zum Beispiel die Kollegen aus dem Kombinatbetrieb „Parat“ der Vertrauensleute Vollversammlung die Verpflichtung, 500 Liegesofas zusätzlich zu produzieren. Die Kollegen der Glasverarbeitung verpflichteten sich zu einer halben Million Mehrproduktion und sparen damit Devisen für